Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mk., vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 8.25 Mk., vierteljährl. 24.75 M. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1193 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünf- und fünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4699.

Nr. 45. Halle, Freitag, den 28. Januar 1921. Einzelpreis 20 Pfg.

Elsässische Briefe.

Von einem Altelsässer.

Für den im deutschen Kulturbewußtsein großgewordenen Elsässer gehört es zu den schmerzlichsten Erlebnissen, Zeuge von Gesinnungswechseln zu sein, deren Beweggründe nicht aus den Tiefen innerster sittlicher Ueberzeugung quellen. Bei manchen habe ich ein ehrliches Ringen um die glühhafte Erkenntnis der französischen Seele gefunden; bei vielen, die mit mir jung gewesen und groß geworden, fand ich das krampfhafte Bemühen, ihr französisches Bekenntnis vor mir und vor sich selbst zu rechtfertigen. Der Krieg und die schrankenlose Herrschaft des Militarismus, die Praxis der deutschen Kriegsgerichte und die Gepflogenheit der Militärs, Elsaß-Lothringen als feindliches Gebiet zu betrachten und danach zu behandeln, bieten ja eine unerschöpfliche Fundgrube von Gründen, selbst einen schroffen Ueberzeugungswechsel zu rechtfertigen. Vor der erdrückenden Wucht der Tatsachen der militaristischen Praxis im elsaß-lothringischen Kriegsgebiet versinkt die bessere Einsicht in das wahre und anders geartete deutsche Wesen. Der deutsche Elsässer empfindet es mit schmerzlicher Bitterkeit: auch wenn es der deutschen Politik in 44 Jahren besser gelungen wäre, Elsaß-Lothringen innerlich zu gewinnen und es der deutschen Volks- und Lebensgemeinschaft inniger zu verbinden, die Gewalten, die während viereinhalb Kriegsjahren im Lande unumschränkt herrschen durften, hätten auch diese stärkeren Bande zerrissen. Der Geist, der keine Imponderabilien kennt und dessen letztes Ueberzeugungsmittel die Gewalt ist, trägt unverjährbare Schuld. Die aus militärischen Gedankengängen und strategischen Erwägungen geborene Vorstellung des elsässischen Glacis gegen Frankreich ist in ihrer, von volkspsychologischen und moralischen Hemmungen unbeschwerten Form der Ausgangspunkt und der Nährboden der im Kriege geübten Praxis geworden.

Diejenige Bevölkerungsschicht, der es am wenigsten gelungen ist, zu der Neugestaltung der Dinge ein erspriießliches Verhältnis zu gewinnen, ist die Arbeiterschaft. Sie ist durch die Schule der deutschen Gewerkschaften gegangen, sah im verlöschenden Kriegsfeuer eine, von sozialen Energien getragene deutsche Republik entstehen. Aber die Lieder der Revolution verstummten vor der schmetternden Fanfare der Marseillaise. Die konstitutionelle Organisation der Arbeit und des Betriebs, wie sie die deutsche Revolution mit sich brachte, die geistige Umschichtung geheiligter Vorstellungen und Gedankengänge, die nachdrückliche Bekämpfung der Interessen und des Rechts der Gemeinschaft gegenüber dem wirtschaftlichen Absolutismus, das waren positive Erträgnisse der Umwälzung, an der das arbeitende Elsaß keinen Teil hatte. Deutschland war ihm das Land der sozialen Versicherungsgesetzgebung, der weitgreifenden Arbeiterfürsorge gewesen. Die französische Plutokratie und ihr Staat entbehrten der altruistischen Antriebe, ihr Kapitalismus hat die Tendenz des Patriarchalismus, der sich den in Paragraphen gefaßten sozial-ethischen Gesetzen nur unwillig fügt. Der Radikalismus ist, namentlich in der oberelsässischen Arbeiterschaft, außerordentlich gewachsen. Es ist ein Zeichen dieser Entwicklung, daß die früheren Führer, die, selbst in angenehmer sozialer Situation, ihren Frieden mit der französischen Bourgeoisie gemacht haben, mehr und mehr an Boden verlieren, während die Anhänger der dritten Internationale wachsenden und bald übergangen Einfluß gewinnen. Peirotes, der jetzige Bürgermeister des alten Straßburg, unter deutscher Zeit „kaiserlicher Sozialdemokrat", ist der Prototyp des opportunistischen Politikers, dem eine, durch Jahrzehnte praktizierte sozialistische Ueberzeugung kein Hindernis zu den Stufen des kurulischen Sessels bedeutet.

Es wird Frankreich nie gelingen, die elsässische Arbeiterschaft seinen nationalistischen und chauvinistischen Instinkten gefügig zu machen. Nirgends hat die Bewegung gegen die französische Intervention in Polen so leidenschaftliche Formen angenommen, wie im Elsaß. Auch das billige und all zu plumpe Mittel, den Haß gegen Deutschland dadurch zu schüren, daß die hohen Steuerlasten mit der Zahlungsunbilligkeit Deutschlands begründet werden, um die Erregung abzulenken, wird auf die Dauer versagen. Mit einer erstaunlichen und unbeirrbaren Festigkeit, die wohltuend gegen den deutschen Pessimismus absticht, glaubt man allgemein an die unverwüstliche Kraft Deutschlands und seinen baldigen Aufstieg.

Die Bauernschaft steht dem Wechsel objektiv, sicher ohne Leidenschaft gegenüber. Sie hat keinen Grund zu deutscher Sehnsucht, nachdem sie vier Jahre unter der härtesten Zwangswirtschaft gestanden und auf Schritt und Tritt die maßlosen Beschränkungen des Operationsgebietes ertragen hat. Sie war vor dem Kriege der nationalistischen Propaganda, die ihr Tätigkeitsfeld hauptsächlich in den Städten hatte, nicht zugänglich gewesen. Sie hatte am reinsten den allemanischen Charakter bewahrt. Die Masse ist opportunistisch; über die Aenderungen in der materiell n Lebensgestaltung hinaus zerbricht sie sich über ihre seelische Einstellung zu den neuen Gewalten nicht den Kopf. Wie bei allen anderen Bevölkerungsgruppen ist das gegenüber Deutschland und gegenüber der Kriegszeit gewaltig gesteigerte Niveau der Lebenshaltung und die Möglichkeit seiner dauernden Aufrechterhaltung ein auch die einfache politische Urteilsbildung wesentlich bestimmender Faktor. Das Gefühl einer erneuten Schicksalsgemeinschaft mit Frankreich, das aus der Tiefe der Volksseele quillt, fehlt durchaus. Man trinkt mit Behagen den 2-Frankenwein des Midi und hört in der Rebengeborgenheit des Elsaß mit gelindem Grauen und nicht ohne Mitleid, daß man jenseits des Rheins an den nahen badischen Rebenhügeln das Liter mit 20 Mk. bezahlt.

Die Pariser Konferenz.

Aus Anlaß zahlreicher Aeußerungen der inländischen und ausländischen Presse, die sich mit der Frage der Reparationsverhandlungen beschäftigen, ließ sich gestern abend der Reichskanzler von dem Reichsminister des Aeußern und dem Reichsfinanzminister eingehend über diese Frage unterrichten. Es bestand Uebereinstimmung in folgender Beurteilung des Sachverhältnisses und der Stellungnahme der deutschen Regierung:

Nach wie vor ist es ein dringendes Interesse Deutschlands, die Höhe seiner Reparationsschuld so bald als möglich kennen zu lernen. Es hat ein vertragsmäßiges Recht darauf, daß ihm diese Kenntnis bis zum 1. Mai 1921 verschafft wird. Andererseits verkennt Deutschland nicht, daß zur Zeit die Festsetzung der Schuldsumme technisch und eine Verständigung über die Festsetzung psychologisch schwierig wäre. Die deutsche Regierung würde daher bereit sein, auf die Einhaltung der Frist zu verzichten, wenn es ihr gelänge, sich mit den alliierten Regierungen über Teilleistungen Deutschlands während der nächsten fünf Jahre zu verständigen. In diesem Sinne hat sie den Plan der fünf Jahreszahlungen als Ausgangspunkt der weiteren Verhandlungen angenommen. Die deutsche Regierung verlangt nun, daß bei den Verhandlungen über diesen Plan die zahlenmäßige Höhe der Jahresleistungen einstweilen vorbehalten bleibt und daß zunächst die Methoden der Sachleistung und ihre Bewertung und die für die Bemessung von Deutschlands Leistungsfähigkeit maßgebenden, in Brüssel näher bezeichneten Umstände erörtert werden, und daß über die Höhe der Gesamtschuld auch beim Zustandekommen der Vereinbarung über die Annuitäten nicht etwa erst nach Ablauf der fünf Jahre, sondern sobald als möglich weiter verhandelt wird. Dieses Verlangen ist von dem französischen Botschafter in Berlin bei seiner entscheidenden Besprechung mit dem deutschen Außenminister als berechtigt anerkannt worden. Es bildet also die Grundlage der weiteren Verhandlungen. Ohne ein Entgegenkommen der alliierten Regierungen auf dem von der deutschen Delegation in Brüssel bezeichneten Gebiete könnte die deutsche Regierung die Annahme der fünf Jahresleistungen, die ein großes Entgegenkommen ihrerseits darstellt, nicht verantworten.

Die Brüsseler Sachverständigenbesprechungen sind noch nicht zu Ende geführt. Es ist eine Pause eingetreten, damit einzelne von beiden Seiten bezeichnete Sachverständigenpaare Zeit gewinnen, bestimmte technische Vorfragen der Reparation miteinander zu erörtern. Auch diese Erörterungen sind erst zum Teil erledigt. Die gegenwärtige Tagung der Ministerpräsidenten in Paris steht mit dem vereinbarten Gange der Reparationsverhandlungen in keinem unmittelbaren Zusammenhange. Sie kann weder die noch ausstehenden Besprechungen der Sachverständigen, noch die in Spa zugesagte Regierungskonferenz in Genf ersetzen. Vorher bedarf es unbedingt einer Besprechung der industriellen Sachverständigen über die Methode der Sachleistungen.

All die optimistischen Mitteilungen der Agenturen Havas und Reuter können nicht verhindern, daß die Nachrichten über sehr ernste Meinungsverschiedenheiten auf den Konferenzen sich mehren. Keine der bis jetzt behandelten Fragen konnte erledigt werden.

Im Zusammenhang mit der Entschädigungsfrage, über die bisher noch keine Beratung stattfand, wurde der Konferenz ein Exposé über die finanzielle Lage Frankreichs vom Finanzminister Doumer vorgelegt, da die englische Delegation verlangt hatte, hierüber genau aufgeklärt zu werden. Der Wunsch, die Entschädigungsfrage rasch zu erledigen, scheint sich nicht verwirklichen zu wollen. Nachdem Donner seinen Bericht erstattet hatte, forderten mehrere auswärtige Bevollmächtigte genauere Erklärungen. Da man zu einer Einigung zunächst nicht kam, wurde beschlossen, die Frage bis auf weiteres von der Tagesordnung abzusetzen.

Die „Daily Mail" weist in einem Leitartikel darauf hin, daß ein Mißerfolg der Pariser Konferenz ein Ergebnis ernstlicher Bedeutung sein würde. Man redet bereits von einem baldigen Ende der Konferenz, bevor auch nur eine der vitalen Fragen, zu deren Erledigung die Konferenz zusammen kam, verhandelt worden sei. Wenn dieses Gerücht sich bestätigt, so spielten die führenden Männer auf der Konferenz ein sehr gefährliches Spiel. Die Konferenz habe Schwäche und eine Abneigung bewiesen, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Statt Zuversicht, habe sie nur Zweifel gefördert. Einigkeit habe bisher nur bei der Vertagung aller wichtigen Entscheidungen geherrscht. Ein positives Ergebnis von Bedeutung habe die Konferenz bisher nicht gezeigt.

Paris, 27. Januar. Wie die Agence Havas nicht offiziell meldet, ist die für heute vormittag angesagte Sitzung der Konferenz, in der die Entwaffnungsfrage beraten werden sollte, auf 4 Uhr nachmittags vertagt worden. Den ganzen Vormittag wurden Einzelberatungen über die Reparationsfrage geführt. Um 11 Uhr begab sich Graf Sforza zu Lloyd George, der auch eine Unterredung mit dem englischen Botschafter in Washington Sir Auckland Geddes hatte.

Gute Stimmung in Oberschlesien.

Im Kreise Rybnik ist die Stimmung für Deutschland in den letzten Tagen bedeutend günstiger geworden. Die Furcht vor dem polnischen Putsch ist allmählich gewichen und es setzt sich jetzt die Ueberzeugung durch, daß eine geordnete Abstimmung auch in diesem Kreise möglich sein wird. Die Bevölkerung, die die Folgen des polnischen Terrors täglich am eigenen Leibe erfährt, ist überwiegend ordnungsliebend und beginnt jetzt selbständig für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu sorgen. Das deutsche Plebiszitkommissariat erklärt, daß es von allen Seiten Berichte und Zuschriften erhalte, aus denen hervorgeht, daß auch in den Grenzdörfern und dem südlichen Industriegebiet die Bevölkerung zu erkennen beginnt, daß allein bei Deutschland eine günstige wirtschaftliche Entwicklung für Oberschlesien zu erwarten ist.

Die Preußische Regierung und die „Deutsche Allgemeine Zeitung".

Der preußische Finanzminister Lüdemann hat, wie die „Dena" von zuständiger Stelle erfährt, unter dem 25. Januar folgendes Rundschreiben an die preußischen Minister versandt:

„Die Preußische Landesversammlung ist in der Sitzung vom 14. d. Mts., dem Antrage des Hauptausschusses auf Beanstandung der Ausgaben zum Bezuge der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" beigetreten. Unter Bezugnahme auf den diesseitigen Erlaß vom 21. Juni 1918 — S. J. 1477 — ersuche ich daher ergebenst, gefälligst alsbald Anordnung dahin zu treffen, daß die nachgeordneten Behörden den Bezug der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" — möglichst schon vom 1. Februar d. Js. ab — einstellen. Gleichzeitig gebe ich von dem dringenden Gesichtspunkt der Beschränkung des Zeitungsabonnements auf den wirklich notwendigen Umfang anheim, auch ihrerseits auf den weiteren Bezug der genannten Zeitung zu verzichten.

Ich bemerke noch ausdrücklich, daß im Entwurf zum Staatshaushaltsplan für 1921 Mittel für den Bezug der Zeitung nicht mehr vorgesehen werden dürfen."

Hierzu ist zu bemerken, daß vertraglich die preußischen Behörden zum Bezuge von 5000 Exemplaren der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" verpflichtet waren, was einen Kostenaufwand von nicht weniger als 700 000 Mark verursachte.

Die Reichsentschädigung für die vertriebenen Deutschen.

Der 24. Reichstagsausschuß befaßte sich am Donnerstag mit den Entwürfen des Auslandsschäden-, des Kolonialschäden- und des Verdrängungsschädengesetzes. Der Berichterstatter Abg. Dietrich (Dem.) wünschte einheitliche Verfahrensvorschriften für die drei Gesetze. Die Regierung versprach, daß eine solche Entschädigungsordnung dem Reichstag in voraussichtlich drei Wochen zugehen werde. Die sozialdemokratischen Redner wünschten, daß die aus Elsaß-Lothringen und dem Osten Verdrängten den Auslandsdeutschen vorangehen, während der Demokrat Keinath und der Deutschnationale Wulle die Gleichstellung beider Gruppen forderten. Staatssekretär Schröder erklärte, daß die Mittel für die Entschädigungen nur durch eine Anleihe aufgebracht werden könnten.

Aus dem braunschweigischen Landtag.

In der letzten Landtagssitzung in Braunschweig kam es zu der schon längst erwarteten scharfen Abrechnung mit dem Staatsministerium. Den Anlaß dazu gab die Beratung des Etats für das Staatsministerium. Der Abgeordnete, Senatspräsident Hampe, bewies an der Hand umfangreichen Materials den Regierungsdilettantismus der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten. Der Ex-Präsident Merges hat behauptet, Oerter habe Spartakusgelder erhalten, aber die Abrechnung vergessen. Oerter sei wie eine Katze, er falle immer wieder auf die Füße. Das Ministerium kann es nicht hindern, so fährt Hampe fort, daß der Schmutzkübel politischer Verleumdung über ihn ausgegossen wird, aber ich verstehe nicht, wie das staatliche Pressecamt gegenüber diesen Anschuldigungen, die Herr Merges dem Minister Oerter entgegengeschleudert hat, so total versagt und diese Angriffe einfach mit Stillschweigen übergeht. Bisher hat die Regierung nichts geleistet; einer solchen Regierung kann man kein Vertrauen entgegenbringen. Infolgedessen lehnt der Landeswahlverband den Etat des Staatsministeriums ab.

Diesen Angriff setzten dann die Demokraten fort. Der Demokrat Dr. Regensburger erklärte, die sozialistische Regierung habe ihre Daseinsberechtigung noch nicht erwiesen. Keine der Aufgaben, die sie sich gestellt habe, sei erfüllt worden. Das beweise, daß der Sozialismus praktisch nicht durchführbar sei. Die Regierung stelle eine Minderheitsregierung dar. Die kleine Gruppe der Kommunisten habe die Regierung mehr oder weniger in der Hand. Zum Schluß gaben die Demokraten folgende Erklärung ab: „Wir betrachten die reinsozialistische Regierung nicht als eine solche, die dem Lande frommt. Wir sind mit der gegenwärtigen Zusammensetzung der Regierung nicht einverstanden und auch nicht in der Lage, dem Etat des Staatsministeriums unsere Zustimmung geben zu können."

Programmatische Erklärungen der japanischen Regierung.

Die 44. Session des japanischen Parlaments wurde am 22. Januar unter den herkömmlichen Formalitäten eröffnet. Ministerpräsident Hara gab eine längere Regierungserklärung ab. Er versicherte zunächst, daß die Beziehungen mit den fremden Mächten zufriedenstellende seien. Ohne Zwiespalt sähe man sich zwei heiklen Fragen gegenüber. Die erste betrafe die japanische Einwanderung in Kalifornien. Es sei anzunehmen, daß man zu einer befriedigenden Regelung gelangen werde. Die zweite Schwierigkeit sei in dem Zwischenfall von Kien Tao entstanden. Die Entsendung japanischer Truppen nach Kien Tao sei nur eine zeitweilige

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210128012/fragment/page=0001

Maßnahme, die durch die Oktober-Unruhen notwendig geworden sei. Die Truppen würden zurückgezogen werden, sobald die Ordnung wiederhergestellt sei. Der Ministerpräsident beschloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß es das Ziel der Regierung sei, die materielle und moralische Entwicklung Japans in Frieden zu betreiben. Er erhoffe die Billigung des Parlaments für diese seine Politik. Sodann ergriff der Außenminister Uchida das Wort. Seine Rede ging im einzelnen auf die Beziehungen Japans zu seinen Alliierten ein. Japan wolle die energische Ausführung des Friedensvertrages. Der Minister sprach den Wunsch aus, die Vereinigten Staaten möchten sich den anderen Mächten anschließen, um an der Verwirklichung des Völkerbundes mitzuhelfen. Japan begrüße den Vorschlag, die Rüstungen herabzusetzen, mit voller Sympathie, es sei aber erforderlich, daß in diesem Punkte alle Nationen gemeinsam und mit ehrlichem Willen handelten. Bezüglich der ehemals deutschen Besitzungen in der Südsee erinnerte der Minister daran, daß unter dem Völkerbundsmandat die japanischen Rechte nicht verkürzt werden dürfen. Der Minister wandte sich dann der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses zu. Hierzu erklärte Graf Uchida, daß er die Erneuerung wünsche, aber in einem Geiste, der mit dem Ziele des Völkerbundes in Einklang stehe. Er beklagte des weiteren den Bürgerkrieg in China und wünschte die Wiederherstellung der Ordnung. Japan stehe bei den chinesischen Händeln abseits, doch sei es dem Finanzkonsortium beigetreten, dessen Aufgabe im übrigen eine rein wirtschaftliche sei. Zur sibirischen Frage erklärte Uchida, die Regierung der Republik des Fernen Ostens erkläre zwar, gegen den Bolschewismus zu sein, was diese Regierung aber praktisch leisten könne, müsse erst die Zukunft ergeben. Mit allem Nachdruck betonte der Minister noch einmal, daß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten enge und herzliche blieben und die Lösung der strittigen Fragen im Sinne der Interessen und der Ehre beider Nationen erfolgen werde. Die Reden des Ministerpräsidenten und des Außenministers übten eine starke Wirkung auf das Haus aus. Die Angriffe einiger Interpellanten hielten sich dementsprechend in mäßigen Grenzen.

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung. Donnerstag, 27. Januar, 1 Uhr nachmittags.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. Am Regierungstisch Vizekanzler Dr. Heinze.

Das Gesetz über die Abgabe von Versicherungen an Eidesstatt zur Geltendmachung von Rechten und Interessen im Ausland wird debattelos in allen drei Lesungen erledigt.

Der Gesetzentwurf über die Kontrolle der Kriegsrechnungen wird ohne Aussprache dem Rechnungsausschuß überwiesen. — An den Rechtsausschuß geht ohne Debatte der Gesetzentwurf zur Entlastung der Gerichte.

Es folgt die Besprechung der Interpellation über

das Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz.

Abg. Frau Müller-Otfried (Dn.) begründet die Interpellation, die von den weiblichen Abgeordneten aller Parteien eingebracht ist. Sie erkennt an, daß die staatliche Fürsorge zur Seite getreten ist. Der staatlichen Fürsorge fehle jedoch das Seelische. Wir müssen mit dem Zusammenschluß ernst machen, der jedoch private Bestrebungen nicht ausschalten darf. Die Angelegenheit sollte auch die Männer in höchstem Maße interessieren. Sie verlange schleunigste Vorlage eines Rahmengesetzes durch das Reich, das bestimmte Mindestforderungen enthält und der Selbstverwaltung Raum läßt.

Reichsminister des Innern Koch teilt mit, daß sein Ministerium bereits im Februar v. Js. den Entwurf über ein Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz dem Reichsrat habe zugehen lassen, daß die Beratungen im Reichsrat sich infolge des Kapp-Putsches und der darauf entstandenen politischen Verhältnisse leider verzögert haben. Auch die Kostendeckung habe Schwierigkeiten ergeben. Nachdem der Reichsfinanzminister sich zu Entgegenkommen bereit gezeigt habe, werde er dafür sorgen, daß die Beratungen im Reichsrat schleunigst wieder aufgenommen werden und daß dem Reichstag in spätestens vier Wochen der Gesetzentwurf vorgelegt werden könne.

Auf Antrag des Abg. Burlage (Ztr.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Frau Dr. Baum (Dem.) bedauert, daß schon die Jugend unter den Steuersorgen leiden muß. Die Jugend hat nach der Verfassung ein Recht auf Schutz, dessen Durchführung an der Geldfrage nicht scheitern darf.

Abg. Frau Schröder (Soz.): Bedauerlich ist es, daß während die verschiedenen Behörden im Besitz des Gesetzentwurfs sind, dieser dem Reichstag noch nicht zugänglich gemacht wurde. Hier handelt es sich um die wichtigste Aufgabe, die Gesundung unserer Jugend. Schleunigste Vorlage des Gesetzes ist dringend notwendig.

Diese Notwendigkeit betont auch Abg. Frau Dr. Matz (D. Vpt.). Die Verantwortung für das Schicksal der Jugend trage in erster Linie das Reich, dem durch die neue Reichsverfassung ja nun endlich die so lange schmerzlich vermißte Möglichkeit zum Eingreifen gegeben ist. Für diese große Kulturaufgabe muß das erforderliche Geld vorhanden sein. Die vom Reichsminister des Innern für diesen Zweck in Aussicht gestellten 50 Millionen sind aber nicht ausreichend.

Staatssekretär Schulz (Reichsministerium des Innern) betont, daß sich in den Anschauungen der zur Mitarbeit herangezogenen Sachverständigen, obwohl diese den verschiedensten Parteien und Richtungen angehörten, erhebliche Gegensätze nicht ergeben haben. Den einzelnen Fraktionen des Reichstages sind mehrere Exemplare des Gesetzentwurfs übergeben worden. Die erwähnten 50 Millionen Mark sollen nur ein Zuschuß zu den hohen Kosten, die die Durchführung des Gesetzes erfordert, darstellen.

Abg. Dr. Loewenstein (U. S.): Wir haben kein Vertrauen zu der reichsgesetzlichen Regelung der jugendlichen Wohlfahrt. Autorität, Gehorsam und Pflicht sind die drei Hauptpfeiler ihrer Kultur. Diese Pfeiler sind zurzeit so erschüttert, daß sie keinen Halt mehr geben. Wir setzen an ihrer Stelle die Solidarität der Gemeinschaft und das Solidaritätsgefühl, das sind die lebendigen Kräfte, die den bestehenden Zersetzungsprozeß überdauern werden.

Abg. Frau Zetkin (Komm.) bedauert, daß die Regierung nicht schon lange die Initiative im Interesse der Jugendfürsorge ergriffen habe. Eigentumsrecht am Kinde hätten die Eltern nicht. Der Staat habe die Pflicht und das Recht an der Erziehung mitzuwirken.

Abg. Frau Neuhaus (Ztr.) hält es für höchste Zeit, daß die Regierung eingreift, da die Not der Jugend alle Grenzen übersteige. Die katholischen Vereine dürften in ihrer Tätigkeit nicht von der Regierung behindert werden.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Uebergangswirtschaft.

Hierzu liegen deutschnationale Anträge und solche der Mehrheitsparteien vor. Der Antrag der Deutschnationalen will in Paragraph 1 in den Passus, daß es für Beschlüsse auf Einführung oder Aufhebung von Bewirtschaftung der Zustimmung des Ausschusses bedarf die Worte „der Aufhebung" streichen.

Abg. Warmuth (Dn.) begründet diesen Antrag.

Nach kurzer Debatte wird der deutschnationale Antrag abgelehnt und die Ausschußfassung angenommen. Da das Gesetz eine Verfassungsänderung darstellt, wird die Schlußabstimmung noch vertagt.

Es folgt der Etat des Reichswehrministeriums.

Der Berichterstatter Abg. Stücklen (Soz.) teilt mit, daß im Ausschuß besonders die Zahl der im Ministerium beschäftigten Offiziere als zu hoch bemangelt worden sei. Die Beschwerden über Bevorzugung des Adels im Offizierkorps seien als unbegründet zurückgewiesen worden. Der Ausschuß habe gestrichen: 2 Generale, 8 Generalmajore, 13 Obersten, 5 Oberstleutnants, 12 Majore und 9 Hauptleute. In einer Entschließung verlangt der Ausschuß, daß die wegen des Kapp-Putsches bestraften Offiziere nicht weiter verwendet werden sollen. Früher hatten die Ausgaben für einen Soldaten 1200 Mark betragen, heute betragen sie 24 600 Mark.

Abg. Schöpflin (Soz.): Es könnten noch viele Generale entbehrt werden. Das Reichswehrministerium hat sich zu einem bureaukratischen Wasserkopf entwickelt mit einem viel zu großen Beamtenapparat. Für die wenigen Mannschaften wird mit dem Kasernenraum Verschwendung getrieben werden. Das von uns bekämpfte Burschenwesen macht sich schon wieder breit. Die Militärmusiker dürfen in Zukunft den Zivilmusikern keine Konkurrenz machen, denn sie werden sehr gut bezahlt. Ein Verzeichnis der Waffenbestände des Heeres und der Marine muß uns vorgelegt werden. Ganz unmöglich ist der Zustand an der Spitze. Wir haben da je einen militärischen Chef rechts und links und in der Mitte zappelt von zwei kräftigen Soldatenfäusten gepackt der arme Minister als Partner. Der Reichswehrminister hält sich für einen starken Mann, aber jeder Freund der Republik beobachtet im Offizierkorps, daß nicht genügend geschieht, um den Geist der Reichswehr ihrem Zwecke anzupassen, dem Schutze der Verfassung. Wir müssen von den im Solde der Republik stehenden Offizieren verlangen, daß sie die Republik nicht verhöhnen, ihre Hoheitsabzeichen nicht mißachten und monarchistische Demonstrationen weder selbst betreiben, noch dulden. (Sehr richtig b. d. Soz.) Das Offizierblatt als Organ des Deutschen Offizierbundes, bringt heute eine größere Kundgebung, in der es heißt: Der Deutsche Offizierbund gedenkt heute in tiefster Ergebenheit Seiner Majestät des Deutschen Kaisers. (Hört, hört, links.) Dieses Blatt wird sicher nicht verboten werden, während das Organ des Wirtschaftsbundes der Mannschaften wegen einer sachlichen Kritik zu der neuen Wehrverfassung verboten wurde. Der einzige Erfolg des Reichswehrministers ist die neue Bekleidungsordnung, da erscheinen die Achselstücke wieder mit Sternen und Schnüren. Der Demokrat Geßler hat vor dem Militaristen Seeckt kapituliert. Die „Frankf. Ztg." stellt mit Recht fest, daß Herr v. Seeckt jetzt der eigentliche Wehrminister ist. Wenn die Militärkapellen „Heil dir im Siegerkranz" spielen, wenn am 9. November die Kasernen die Flagge auf Halbmast setzen, dann kann diese Reichswehr kaum als Machtinstrument der Republik, sondern eher als eine Gefahr für die Republik gelten.

Abg. Ersing (Ztr.): Die verhältnismäßig großen Kosten der Reichswehr erklären sich aus der von der Entente vorgeschriebenen Formation. Wir müssen z. B. 18 Kavallerieregimenter unterhalten und dürfen an deren Stelle keine Infanterie treten lassen. Man wird noch sparen können, zumal, wenn die Verhältnisse einigermaßen wieder normal geworden sind. Die Entente soll uns wenigstens von der Ueberwachungskommission befreien. Der Hauptwert muß auf die Erhaltung unserer alten militärischen Eigenschaften gelegt werden: Gehorsam und Pflichterfüllung, dazu Pflege des kameradschaftlichen Geistes zwischen Offizier und Mann. (Zuruf links: Kadavergehorsam!) Im Interesse des Aufrückens der Mannschaft in den Offiziersstand liegt der Antrag der Mehrheitsparteien, die Zahl der Hauptleute zu vermehren und Oberleutnants und Leutnants entsprechend zu vermindern. Die Reichswehr hat nur dem Volke zu dienen. Deutschland ist das einzige Land, das abgerüstet hat, sonst hat überall ein Wettrüsten eingesetzt. Demgegenüber ist Deutschland verpflichtet, den Völkern zuzurufen: Haltet ein mit eurem Wahnsinn. Redner schließt mit der Forderung, bei der militärischen Ausbildung die Religion nicht außer acht zu lassen.

Abg. v. Gallwitz (Dn.) schließt sich dem Antrag der Mehrheitsparteien an. Der Antrag Müller (Franken), der dem Militärmusiker jede Konkurrenz mit Zivilmusikern verbieten will, geht zu weit. Wenn man soweit geht, in der Reichswehr ein gefährliches Instrument zu sehen, muß es doch mit dem Unterbau nicht weit her sein. Redner begründet sodann den Antrag Stücklen — von Gallwitz auf Gewährung von Zuschüssen an Kriegsbeschädigte, die keinen gesetzlichen Anspruch auf kostenlose Heilung haben und wendet sich dann zu einer Besprechung des Marineetats, wobei er die Notwendigkeit betont, Schiffe zu bauen, die eben ersetzt werden müssen, wenn wir unsere Marine erhalten wollen.

Nächste Sitzung morgen nachmittag 1 Uhr. Kleine Anfragen und Weiterberatung des Heeresetats. (Schluß: 6½ Uhr.)

Deutsches Reich.

Die Getreidepreise der nächsten Ernte. Zu der vom Vorwärts gemeldeten Erhöhung der Getreidepreise nächster Ernte wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß das Reichsernährungsministerium bezüglich der Preisfestsetzungen für die kommende Ernte noch keine Beschlüsse gefaßt habe.

Der dritte Bismarckband. Die von den Leipziger Neuesten Nachrichten gebrachte Meldung über einen angeblichen Vergleich zwischen Cotta und dem ehemaligen Kaiser wegen Herausgabe des dritten Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" entbehrt, wie von Stuttgart aus festgestellt wird, in dieser Form der Grundlage. Es sind Vergleichsverhandlungen eingeleitet, die aber bis jetzt noch nicht zu einem Abschluß geführt haben. Daher läßt sich auch über den Zeitpunkt der Herausgabe noch nichts bestimmtes sagen. Dagegen ist die Herausgabe des Buches durch das Ausland in den nächsten Tagen zu erwarten. Die ausländischen Verleger setzen sich damit über die mit Cotta getroffene Vereinbahrung, daß der dritte Band erst nach Herausgabe in deutscher Sprache im Ausland erscheinen dürfe, hinweg.

Aus dem besetzten Gebiet. Alle Verfahren, die gegen ausländische Firmen im besetzten Gebiet wegen Steuerflucht aus der Zeit des Waffenstillstandes eingeleitet waren, sind vorläufig auf Anordnung der interalliierten Rheinlandskommission ausgesetzt worden. Die Förderung der Steuerpflicht dieser Firmen für die genannte Zeit soll auf diplomatischem Wege durch die Regierungen der einzelnen Staaten geregelt werden. — Wie der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete mitteilt, hat die interalliierte Rheinlandkommission keinen Einwand gegen die Wahlordnung für die Provinziallandtag- und Kreistagswahlen erhoben. Die Wahlen können daher nach dem Gesetz, betreffend die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen vom 5. Dezember in unbesetzten rheinischen Gebieten vonstatten gehen.

Der künftige Gesandte Deutschlands in Rumänien. Wie die „Dena" aus guter Quelle hört, ist zum künftigen deutschen Gesandten in Rumänien Herr von Eckardt, der frühere Gesandte in Mexiko, ausersehen. Interimistischer Geschäftsträger in Bukarest ist bekanntlich Wirklicher Legationsrat Freytag, dessen Amtsantritt eben erst gemeldet wurde.

Auslands-Rundschau.

Der dänische Ministerpräsident Neergard hat im Finanzausschuß des Reichstages einen Antrag eingebracht, in dem er um die Zustimmung des Reichstages zum Ankauf der Besitztümer des Herzogs Ernst Günther zu Schleswig-Holstein in dem abgetretenen nordschleswigschen Gebiet, der einen Gesamtbetrag von etwa fünf Millionen Kronen ausmacht, nachsucht.

Die Ukrainer greifen die Polen an. Im Karpathengebiet Ostgaliziens hat sich die ukrainische Bevölkerung gegen die polnischen Besatzungstruppen aufgelehnt. Das polnische Kommando hat dringend Verstärkungen aus Warschau verlangt, da die Aufständischen den dort befindlichen polnischen Truppen überlegen sind und sie hart bedrängen.

Japan und die Republik des Fernen Ostens. In einer an den japanischen Außenminister gerichteten Note fordert der Minister des Auswärtigen der Republik des Fernen Ostens, Krasnoschtschekow, Nichteinmischung der japanischen Militärbehörden in Wladiwostok in die inneren Angelegenheiten des Fernen Ostens und erbittet die Festsetzung eines genauen Termins, zu dem die japanischen Truppen das Territorium der Republik des Fernen Ostens räumen werden. In einer zweiten Note erhebt Krasnoschtschekow Protest gegen die gewaltsame Besitzergreifung der auf Sachalin befindlichen Fischereien durch japanische Kommandos.

Halle und Umgebung.

Halle, den 28. Januar 1921.

Handelskammer. Das Januarheft des Jahrganges 1921 der nunmehr unter dem Titel „Monatsschrift der Handelskammer zu Halle a. d. S." herausgegangenen bisherigen „Mitteilungen" ist soeben erschienen. Es bringt u. a. einen Prüfungsbericht über den Gründungshergang einer im Handelskammerbezirk gegründeten Aktiengesellschaft, desgleichen einen ausführlichen Bericht über die am 7. d. M. in Weimar erfolgte Gründung des Wirtschaftsverbandes Mitteldeutschland, ferner Mitteilungen über postalische und andere Verkehrsbestimmungen, Steuer-, Zoll- und Außenhandelsfragen sowie sonstige für Handel und Industrie wissenswerte Nachrichten. Die Zusammenstellung der ergangenen Gesetze, Erlasse, Verordnungen und Bekanntmachungen ist weiter fortgesetzt. Die Monatsschrift der Handelskammer erscheint monatlich und wird im Postzeitungsdienst vertrieben. Die Bezugsgebühr beträgt jährlich 10 Mark ausschließlich Bestellgeld. Bestellungen nimmt jede Postanstalt sowie das Bureau der Handelskammer zu Halle a. d. S., Franckestr. 5, entgegen.

4. Museumsvortrag. Am Sonnabend 8 Uhr spricht Dr. Burkhard Meier im großen Turm der Moritzburg über: „Das Ende des Expressionismus" unter Vorführung von Beispielen neuester Kunst in Lichtbildern und Originalen; mit letzteren werden vertreten sein Max Burchartz, H. M. Davringhausen, Otto Dix, Erich Heckel. — Durch Vermehrung der Heizkörper im Vortragssaal ist eine ausreichende Erwärmung fortan gewährleistet.

Die Kosten einer Aussteuer. Unter der Spitzmarke „Warum wurde ich nicht geheiratet?" druckt die „Berliner Morgenpost" seit einiger Zeit „Bekenntnisse verschmähter Mädchen" ab. Dabei wird als wesentlicher Hinderungsgrund für eine Ehe der Kostenpunkt einer bürgerlichen Aussteuer bezeichnet. Dieser stellte sich am 1. Januar 1921 nach dem Urteil eines Sachverständigen ungefähr wie folgt: 1 Eßzimmer 8000 Mark, 1 Schlafzimmer 7000 Mark, 1 Herrenzimmer 8000 Mark, 2 Teppiche 6000 Mark, 2 Läufer 2000 Mark, Küchenmöbel 2000 Mark, 10 Bilder zu je 500 Mark 5000 Mark, Beleuchtungskörper 3000 Mark, Küchen- und Wirtschaftsgeräte 2000 Mark, Wäsche 9000 Mark, Portieren, Gardinen usw. 6000 Mark, Ausrichtung der Hochzeit 2000 Mark, zusammen 60 000 Mark.

Die Hypotheken- und sonstigen Darlehnsschuldner sowie diejenigen Personen, die vererbliche Renten auszuzahlen haben, sind verpflichtet, für Rechnung des Gläubigers 10 vom Hundert der Zinsen einzubehalten und binnen einem Monat nach der Zinszahlung an das Finanzamt als Kapitalertragssteuer abzuführen. Sie haben weiter die ihnen vom Finanzamt erteilte Quittung an den Gläubiger zu übersenden. Daß der Schuldner seiner Verpflichtung zur Uebersendung der Quittung nachkommt, ist für den Gläubiger von großem Interesse. Denn weil dieser für die Entrichtung der Steuer neben dem Schuldner gesamtschuldnerisch haftet, muß er in der Lage sein, sich zu vergewissern, ob der Schuldner die Steuer tatsächlich abgeführt hat. Die Finanzämter sind berechtigt, gegen Schuldner, die ihrer Verpflichtung zur Uebersendung der Quittung nicht nachkommen, durch Festsetzung von Ordnungsstrafen bis zu 500 Mark vorzugehen.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Moritz Krüger, Halle (59 J.). Paul Brode, Ammendorf (58 J.). Frau Ida Stöber geb. Boltze, Dornstedt (75 J.). Fabrikbesitzer Jacob Gumrery, Halle. Mühlenbesitzer Adolf Roesch, Passendorf (60 J.). Frau Elisabeth Store geb. Jesse, Halle (31 J.). Otto Thielicke, Teicha (50 J.).

Hochschulnachrichten.

Die a. o. Professoren an der Universität Königsberg Dr. Otto Franke (Sanskritwissenschaft), Dr. Fritz Eisenlohr (Chemie), Abteilungsvorsteher am chemischen Institut, Dr. med. vet. Erich Hieronymi (Veterinärwissenschaft), Vorsteher der Abteilung für Veterinärwissenschaft mit Tierklinik am landwirtschaftlichen Institut, Dr. Ludolf Malten (Klassische Philologie), Dr. phil. et. jur. Dietrich Preyer (Russische Volkswirtschaft) und Dr. Adolf Sona (Chemie), Abteilungsvorsteher am chemischen Institut sind zu ordentlichen Professoren ernannt worden. — Zum Direktor des in Freiburg i. B. neuerrichteten Badischen Weinbauinstituts, einer Forschungsanstalt für Weinbau- und Kellerwirtschaft, wurde Dr. Karl Müller von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg i. B. ernannt.

Provinzial-Nachrichten.

÷ **Staßfurt**, 26. Jan. (Eisenbahnräuber.) Seit fünf Jahren wurden die Güterzüge auf der Station Staßfurt beraubt, ohne daß es gelang, die Täter zu fassen. Alle Maßnahmen, wie Sicherheitsschlösser an den Wagentüren und Ueberwachung der Züge auf der für die Diebstähle nur in Betracht kommenden Strecke Staßfurt—Brauerei Niemann, wo der Zug infolge der Steigerung des Geländes langsam zu fahren gezwungen ist, blieben erfolglos. Seit einiger Zeit half sich die Eisenbahndirektion dadurch, daß sie die Ueberwachungsbeamten unterwegs auf die Züge aufspringen ließ. Vor einigen Tagen bemerkte nun ein Ueberwachungsbeamter, daß gleich hinter dem Uebergang am Kalbeschen Wege eine Kiste aus einem Güterwagen flog. Der Bewachungsbeamte sprang sofort ab und schoß hinter den Spitzbuben, der zu entkommen versuchte, her. Nach einigen Tagen stellte die Polizei bei dem Bergmann Otto Beck Schußwunden am Bein, am Arm und an der Hand fest. Beck legte auch sofort ein Geständnis ab und nannte als seine Komplizen die Rangierer Bierschenk und Mangelsdorf und den Bergpraktikanten Ludwig Buck von Ludwig 2. Während der Haussuchung bei den beiden Rangierern, die bereits geflüchtet waren, fand man die Liste der Abnehmer und Hehler, worunter sich auch Staßfurter und Leopoldshaller Geschäftsleute befinden. Außerdem fand man bei Mangelsdorf und Buck den Beweis, daß man es in diesen beiden mit zwei geriebenen Hochstaplern und Heiratsschwindlern zu tun hatte.

÷ **Barby**, 27. Jan. (Zuckerschiebung.) Hier hielt die Sipo einen Elbkahn an, der eine Ladung Zucker unbekannter Herkunft barg. Der Schiffer bedrohte die Polizei mit einem Beil und wurde darum festgenommen. Jetzt stellt sich heraus, daß es ein Berliner Schwerverbrecher ist.

÷ **Liebenwerda**, 27. Jan. (Ein schweres Lastauto) fuhr in der Nähe des Bahnhofs Naundorf fest. Landjäger stellten fest, daß das Auto 55 Zentner Brotgetreide und 20 Zentner

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210128012/fragment/page=0002

Hafer geladen hatte. Die beiden Chauffeure flüchteten, als das Auto revidiert wurde. Seine Herkunft ist noch nicht ermittelt.

Dürrenberg, 27. Jan. (**Bei einem Einbruch in einer Fischerei**) bei Dürrenberg, wo es zu einem Feuerkampf kam, wurde einer der Einbrecher schwer verwundet, aber von seinen Komplizen auf der Flucht mitgeführt. Den unterwegs verstorbenen Kameraden scheinen die Einbrecher dann in die Saale versenkt zu haben; denn man fand nicht weit vom Tatort eine mit Steinen beschwerte Leiche in der Saale, die eine Schußwunde aufweist.

(:) **Gotha**, 26. Januar. (**Festnahme eines Einbrechers.**) In Gierstädt hat der Handelsmann Markert drei Einbrecher an ihrer verbrecherischen Absicht gehindert und einen davon dingfest gemacht. Dieser hatte einen Beutel mit nicht weniger als 14 Dietrichen bei sich, sowie eine Maschinenpistole mit drei Magazinen und 120 Patronen. Das Schießeisen versagte aber zum Glück, so daß er nach Gräfentonna gebracht werden konnte. Die beiden anderen entkamen. Ihr Besuch sollte der Darlehnskasse gelten.

Eisenach, 26. Jan. (**Kauft Butter!**) Was man seit Kriegsbeginn nicht mehr erleben konnte, tritt jetzt wieder stark in Erscheinung. Tagtäglich kommen Bewohner aus den Landorten nach Eisenach und bieten hier größere Mengen Butter wieder zum Kaufe an. Infolge des auf dem Lebensmittelmarkte eingetretenen Preissturzes der Fettigkeiten hat nämlich die „Hamsterei“ in den Dörfern unserer Umgebung jetzt stark nachgelassen. Da nun auch die Landleute infolge der Freigabe der Fleischbewirtschaftung in diesem Winter wieder reichlicher schlachten konnten als früher, so haben sie jetzt wieder einen größeren Ueberfluß an Butter und bringen diese nun selbst wieder in größeren Mengen in die Stadt. Da dies ihnen aber oft nicht so leicht wird, so sind die **Butterpreise für den Verkauf „hintenherum“ schon auffallend im Fallen begriffen.** Gleiche Wahrnehmungen werden seit einiger Zeit auch in anderen Städten gemacht.

+ **Arnstadt**, 26. Jan. (**Ein Giftmordversuch an sechs Personen,**) der aber dem ruchlosen Menschen nicht gelang, wurde im nahen Ettischleben ausgeführt. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise kam bei einer angesehenen dortigen Familie Strychnin in das Salz; glücklicherweise wurde der Giftmordversuch noch rechtzeitig bemerkt. Der Hofhund, in dessen Futter man von diesem Salze streute, verendete alsbald. Eine Untersuchung des Salzes förderte den Giftzusatz einwandfrei zu Tage. Wie die Arnstädter Nachrichten melden, wurde ein in Verdacht stehender junger Mann des Ortes verhaftet. Ob er der Täter ist, müssen die noch nicht abgeschlossenen Untersuchungen ergeben.

Sport der „Saale-Zeitung“.

Aus dem Jahresberichte des Halleschen Schwimmvereins von 1902 (e. V.).

Wenn es wahr ist, daß auch der Sport nur nach dem Erfolge gewertet werden kann, dann hat das 18. Geschäftsjahr des HSV. v. 02 eine ganz besondere Bedeutung. Es ist auf allen Gebieten das **erfolgreichste seit Bestehen des Vereins** gewesen. Insgesamt 543 Mitglieder zählt heute unser Erster Hallescher Schwimmsportverein. In selbstloser, zielbewußter Arbeit hat sich die Verwaltung bemüht, aus dem Verein einen Bund innerlich freier Menschen zu gestalten, denen die Ausübung des Sportes die Lösung einer Kulturaufgabe des deutschen Volkes bedeutet. Auch in dieser Hinsicht ging es vorwärts, wenn auch solche Werte nicht nach Zahlen gemessen werden können.

Im Stadtbad wurden zusammen 80 Uebungsabende abgehalten bei einem Durchschnittsbesuch von 120 Personen. Außerdem wurde täglich in der E. Hofmannschen Badeanstalt in den Weingärten geübt. Besonders wurde die lange Strecke gepflegt. 150 Mitglieder erwarben sich das Stundenschwimmerzeugnis. Zahlreiche Schwimmer bewiesen eine mehrstündige Leistungsfähigkeit; einige junge Damen schwammen Strecken über 8 Kilometer. — Es wurden 12 sportliche Veranstaltungen mit bestem Erfolg und technisch einwandfrei durchgeführt. Glanzpunkte sind das Weitschwimmen über die lange Strecke am 13. Juni 1920 und das Nationale Schwimmfest am 26. September 1920. Das Schwimmen an der Peißnitzbrücke bis zur Saalschloßbrauerei war eine der erfolgreichsten, volkstümlichen Sportveranstaltungen des vergangenen Jahres. — In Torgau gelang es, einen neuen Schwimmverein ins Leben zu rufen. — Zur Förderung der Mitglieder wurden verschiedene Vorträge gehalten. Am 9. September 1920 trat der Verein mit einem Vortrage der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft im Auditorium maximum der Universität an die Oeffentlichkeit.

Am Start waren die Farben rot-weiß-gelb 22mal vertreten. Niemals kehrten die Wettkämpfer ohne Siege heim. 64 erste, 28 zweite und 10 dritte Preise wurden im ehrlichen Wettstreite erworben. Mit gerechtem Stolze verzeichnen wir diese Leistungen. Stets waren sich die Kämpfer bewußt, daß äußere Zeichen und Auszeichnungen nicht auf dem Spiele standen, sondern allein der **Sieg**. Gleich waren sich die Wettschwimmer am Start, im vollsten Sinne des Wortes entkleidet von allen Aeußerlichkeiten, nur die bessere Leistung kam zur Geltung. Darum ist die Leistung, der vollen Ueberzeugung, daß gerade der Wettkampf geeignet ist, Charaktere zu bilden.

Auch sportliche Auszeichnungen wurden in großer Zahl verliehen. 41 Mitglieder erwarben den Grundschein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, deren Lehrmeister am Orte ein Vereinsmitglied ist.

Das Sportabzeichen des Deutschen Reichsausschusses für olympische Spiele errangen in Bronze die Herren Bruno Bauer, Karl Sauer und Reinhard Ranke, in Silber Herr Johannes Teller.

Frei von allen äußeren Einflüssen, namentlich auf politischem Gebiete, ist der Verein seinen Weg gegangen. Lediglich die eine Aufgabe wurde in den Vordergrund gestellt, **durch den Sport Persönlichkeiten heranzubilden, nach denen die Welt ja heute hungert.**

Vermischtes.

Bahnhofsbrand in Landshut.

München, 27. Jan. (Eig. Drahtnachricht.) Wie verlautet, soll der Bahnhof von Landshut seit heute nacht in Flammen stehen. Nähere Einzelheiten über das Feuer waren nicht zu erfahren, da das Fernsprechamt nicht in der Lage war, Gespräche mit Landshut zustande zu bringen und die Auskunft erteilte, daß sämtliche Telephonverbindungen durch den Brand zerstört seien.

Gestaffelte Brotpreise in Oesterreich. Eine namhafte Erhöhung des Brotpreises ist die Folge der schlechten Ernährungslage in Oesterreich. Die Regierung unterbreitete dem Nationalrat eine Vorlage, durch die die Staffelung des Brotpreises nach drei Einkommengruppen vorgenommen wird. Bei einem Einkommen bis zu 120 000 Kronen für den Kopf des Haushaltungsangehörigen beträgt der Brotpreis acht Kronen für den Laib Brot, bei einem Einkommen von mehr als 200 000 Kronen für den Kopf, bzw. von einer halben Million Einkommen für den steuerpflichtigen Haushaltungsvorstand wird der Brotpreis zwischen 50 und 60 Kronen ausmachen. Das zwischen diesen beiden Grenzen liegende Einkommen zahlt 15 Kronen gegenüber dem jetzigen Preis von 6,50 Kronen. Nach den gleichen Grundsätzen wird der Kochmehlpreis gestaffelt.

Schweres Unglück bei einem Flugzeugstart. Wie aus Garmisch gemeldet wird, ereignete sich beim Abflug eines Fliegers der Augsburger Rumplerwerke ein schweres Unglück. Dem Flugzeug mißlang der glatte Abflug von dem schneebedeckten Boden. Es fuhr in die Schar der zahlreichen Zuschauer und tötete die in Garmisch zu Besuch weilende Gutsbesitzersgattin Zenske und den **Hausmeister Wilhelm Dorn. Schwer verletzt wurde ein** neunjähriger Knabe, leichter verletzt wurden zwölf andere Kinder. Das Flugzeug wurde schwer beschädigt. Nach Feststellungen der Gerichtskommission trifft den Flieger kein Verschulden.

Einen unerhörten Schwindel betrieben Schwindler in Gelsenkirchen, die in der ganzen Umgegend einen Stoff, der seinem Aussehen und Geruch nach für Ammoniak gehalten werden konnte, als Ammoniak an Landwirte verkauften. Natürlich fanden die Schwindler bei dem chronischen Mangel an Düngemitteln reißenden Absatz für ihren Ammoniak, der in Wirklichkeit — Steinsalz war. Manche Landwirte sind dadurch um hohe Beträge, oft bis zu 30 000 Mark, geschädigt worden. Die Schwindler, die das wertlose Steinsalz für 120 bis 125 Mark je Zentner absetzten, bereisten nicht nur die Umgegend von Gelsenkirchen und Buer, sondern kamen auch bis an den Rhein und bis nach Münster.

Dreifacher Mord. Wie die Mecklenburgische Tageszeitung aus Klütz meldet, wurden dort der Kolonialwarenhändler und und Bankagent Dörring sowie seine Frau und seine Schwiegermutter in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der „Bützener Zeitung“ zufolge soll es sich dabei ursprünglich um einen Einbruch gehandelt haben. Den Anlaß dazu habe der Umstand gegeben, daß für Dörring auf dem Postamte 70 000 Mark zur Einzahlung bereit lagen, die aber an dem Tage der Tat noch nicht abgeholt waren. Als des Mordes verdächtig sind ein Fischhändler und seine beiden Söhne verhaftet worden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Eisenmarkt.

w. **Essen**, 26. Jan. Ueber die Lage am Eisenmarkte schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung in ihrem Eisenmarktberichte, daß die bevorstehenden Beratungen des Eisenwirtschaftsbundes über die Preisfestsetzung am 1. März heute schon eine **erhebliche Zurückhaltung des Verbrauchers** hervorgerufen haben. Eine weitere Preisherabsetzung werde viele Werke in die Selbstkostengrenze und sogar darunter bringen. Das Blatt betont, daß nur eine freie Preisbildung die deutsche Industrie über die krisenhaften Erscheinungen des Abbaues hinwegbringen könne. Insbesondere Lothringer Minette sei stark angeboten. Am Seefrachtenmarkte herrsche eine Dercute. In Roheisen würden für Januar wahrscheinlich die höchsten Versandziffern seit der Revolution erreicht werden. In Walzfabrikaten sei zurzeit auf Grund älterer Abschlüsse noch genügend zu tun. Neue Abschlüsse kämen nur in geringem Umfange herein. In verschiedenen Erzeugnissen wie Mittel- und Feinblechen sowie in Draht seien Preisunterbietungen zu beobachten. Lothringer und Luxemburger Werke träten neuerdings mit Angeboten an den deutschen Märkten hervor. Besonders unterstrichen wird die erhebliche Belastung, die den Eisenwerken aus der großen Verteuerung der Inlandsfrachten erwachsen müsse.

Metallnotierungen.

Berlin, 27. Jan. Preise für 1000 Kilogramm in Mark. Raffinadekupfer 98—99 Proz. 1200. Orig. Hüttenweichblei 410 bis 420. Orig. Hüttenrohzink i. fr. Verkehr 500. Remelted Plattenzink 330 bis 340. Orig. Hütten-Aluminium, 98 bis 99 Prozent in gekerbten Blöckchen 2675. Orig. Hütten-Aluminium in Walzdraht oder Drahtwaren 2825. **Zinn**: Banca 4300, Straits 4200, Billiton 4050. Hüttenzinn mindestens 99 Proz. 3700. Reinnickel 98—99 Proz. 4000. Antimon 675. Silber in Barren ca. 900 fein 1 Kilogr. 870—880. Elektrolytkupfer 1653.

London, 25. Jan. (**Wollauktion.**) 8500 Ballen in privatem Besitz befindliche Wolle wurde heute angeboten und begegnete stärkerer Konkurrenz infolge des besseren Standes der Wechselkurse. Die Preise waren den Verkäufern günstig.

Die Dresdner Bergwerksfirma Preßschner u. Fritzsching, welche im Südharz seit Jahren Erzbergbau betreibt, kaufte die Schwerspatvorkommen bei Appenrode, Werna, Sülzhayn, Stolberg und Rottleberode.

Neue Aktiengesellschaft. In Witzenhausen wurde die C. A. Müller, Schloßfabrik, A.-G., mit einem Kapital von 1 Mill. Mark gegründet.

Dividendenvorschläge. Rheinische Treuhand-Gesellschaft A.-G. in Mannheim wieder 5 Proz. — **Triumph-Werke Nürnberg A.-G. in Nürnberg-Doos** nach reichlichen Abschreibungen 30 (6) Proz. — **Joseph Weiermann Schuhwarenfabrik A.-G. in Burgkundstadt** wieder 15 Proz.

Restlose Einigung des Textil-Einzelhandels. In der Mitgliederversammlung des Reichsbundes des Textil-Einzelhandels am Mittwoch, die in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher Textil-Einzelhandelsverbände, der Behörden, Handelskammer und großer Industrieverbände stattfand, wurde eine vollständige Einheitsfront des Textileinzelhandels hergestellt. Der neuen Spitzenorganisation sind sämtliche wirtschaftspolitische Interessenvertretungen, Fachverbände, Ortsvereine, landschaftliche Verbände, Warenbeschaffungsgesellschaften und Reichskleiderläger angeschlossen.

Die Halberstadt-Blankenburger Eisenbahn erzielte eine Jahreseinnahme von 11 981 800 (i. V. 4 131 368) Mark.

Vereinigte Brauereien National und Friedrich Jürgens A.-G. in Braunschweig. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde ein **Gewinn** von 224 389 Mark (i. V. 148 087 Mark erzielt. Nach Abschreibungen in Höhe von 74 619 Mark (71 466 Mark) wird der auf den 29. Januar einberufenen Generalversammlung, wie schon bekannt, vorgeschlagen, 5 Prozent (3 Prozent) Dividende zu verteilen. Die Generalversammlung soll ferner die Abänderung der Firma in „National-Jürgensbrauerei A.-G.“ zustimmen.

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die Erhöhung der Kolleggelder.

DA. **Berlin**, 27. Januar. Von amtlicher Seite wird der „Dena“ geschrieben:

Die Frage der Erhöhung der Kolleggelder beschäftigt die beteiligten Kreise, und sie hat namentlich in der Studentenschaft einen lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Im Interesse der Aufklärung über die ganzen Vorgänge sei festgestellt, daß ein Beschluß über die Erhöhung der Kolleggelder überhaupt noch gar nicht vorliegt. Es handelt sich lediglich um ein Schreiben, das von einem Ressort an ein anderes gerichtet war, und es war bisher nicht üblich, daß der Schriftwechsel von Amtsstellen untereinander zu Protestkundgebungen in der Oeffentlichkeit benutzt wurde. Nachdem aber einmal die Frage der Kolleggelder in der Presse angeschnitten worden ist, dürfte es angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß bis zum Jahre 1920 der Kolleggeldsatz in Deutschland seit ungefähr 50 Jahren nur 5 Mark für die Semester-Wochenstunde betragen hat. Aus Gründen, die hier nicht erörtert zu werden brauchen, hat man das Kolleggeld, das früher den Professoren zufloß, nicht erhöht, so daß schon vor dem Kriege ein Satz von 5 Mk. für die Semester-Wochenstunde weit hinter der Verteuerung der anderen Bildungsmöglichkeiten zurückgeblieben war. Im Jahre 1920 ist dann eine Erhöhung von 5 Mk. auf 8 Mk. durchgeführt worden. Wie geringfügig sie ist, zeigt sie schon bei der Erwägung, daß ein Satz von 8 Mk. für die Semesterstunde, d. h. 18 Mk. für die Jahreswochenstunde bei einer durchschnittlichen Vorlesungszahl von 37 Wochenstunden im Jahre, eine Vergütung von nur ca. 40 Pfg. für die Einzelstunde ausmacht. Ein solcher Satz steht auch in einem geradezu krassen Mißverhältnis zu den sonstigen Kosten, die heutzutage für Bildungszwecke gezahlt werden müssen. An Gymnasien sind, verglichen mit dem Jahre 1914, die Schulgeldsätze von 120 Mk. auf 500 Mk. gestiegen, und kann wohl niemand bestreiten, daß durch eine derartige Verteuerung viel weitere Kreise getroffen werden, als durch die Erhöhung der Kolleggelder, schon weil die Zahl derjenigen, die Gymnasien besuchen, viel größer ist, als die Zahl der Studierenden. An anderen Lehranstalten haben wir sogar Steigerungen, die weit über 400 Prozent hinausgehen. Dabei ist zu beachten, daß abgesehen von der allgemeinen Geldentwertung der Universitätsunterricht sich für den Staat noch ganz besonders verteuert hat. Bei den Universitäten kommen ja nicht nur die Kosten des allgemeinen Lehrbetriebes in Betracht, sondern darüber hinaus noch die außerordentlichen hohen Unkosten für die Laboratorien, Versuchssäle, für die Botanischen Gärten, die klinischen Anstalten usw.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß mit der Erhöhung der Kolleggelder eine Erschwerung der wirtschaftlichen Lage der Studenten verknüpft ist. Aber diese Belastung trifft die Studenten wegen ihrer sehr verschieden gearteten Wirtschaftslage ganz verschieden stark. Es geht jedenfalls nicht an, die Kolleggelder allgemein niedrig zu halten, um dem weniger leistungsfähigen Teil der Studentenschaft zu helfen. Es liegt kein Anlaß vor, die Leistungsfähigen mit eingemessenen Kollegsätzen zu verschonen, vielmehr müssen angemessene Sätze bezahlt werden, um daraus die Mittel zu entnehmen für die Entlastung der materiell weniger Leistungsfähigen. Ob und inwieweit außerdem durch Aenderung des Stipendienwesens oder der Stundungsvorschriften die neue Belastung gemildert werden kann, darüber werden noch Verhandlungen stattzufinden haben.

Die Reichsversicherung für Angestellte.

München, 27. Jan. (**Eigene Drahtnachricht.**) Im bayerischen Landtage sprachen sich mehrheitssozialistische Abgeordnete sehr scharf gegen die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte aus. Sie sei die teuerste von allen Versicherungen und die Versicherungsbeiträge auf Grund der Reichsversicherungsordnung seien allgemein unerschwinglich geworden. Bei 200 Millionen Mark Einnahmen verschlinge die Reichsversicherungsanstalt 60 Millionen Mark an Personalunkosten. Es sei deshalb die Zusammenlegung der Reichsversicherungsanstalt mit der Invalidenversicherung zu verlangen. Mit diesen Ausführungen werden die bayerischen Sozialdemokraten tatsächlich allen Angestellten aus der Seele gesprochen haben, denn die Beiträge für die Reichsversicherungsanstalt bilden sich für den einzelnen Angestellten allmählich zu einer drückenden Last heraus, die von vielen kaum noch getragen werden kann.

Ermahnung zur Ruhe und Ordnung in Oberschlesien

Gleiwitz, 27. Jan. (**Eig. Drahtnachricht.**) Der Vorsitzende des Interalliierten Bureaus, der italienische Oberstleutnant Pesenti, veröffentlicht heute eine Aufforderung an die Bevölkerung des Stadt- und Landkreises Gleiwitz, in der er angesichts der bevorstehenden Abstimmung zu Ruhe und Gesetzmäßigkeit ermahnt. Jede Störung der Vorbereitungsarbeiten wird danach mit schwerer Strafe belegt. Der Vorsitzende vertraut aber dem hohen Bildungsgrad der Bevölkerung, daß die Abstimmung in vollster Ordnung vor sich gehen werde.

General Le Rond gegen englische Offiziere.

DA. **Oppeln**, 27. Jan. (**Eig. Drahtnachricht.**) Die „Schlesische Zeitung“ vom 26. Januar abends bringt unter der Ueberschrift „Herr Le Rond gegen englische Offiziere“ folgende Meldung: Wie wir von besonderer Seite erfahren, hat der französische General Le Rond an die nichtfranzösischen Mitglieder der Interalliierten Kommission in Oppeln einen Runderlaß gerichtet, in dem er sich besonders über begangene **Indiskretionen verschiedener englischer Offiziere** sehr aufregt. Er droht jedem englischen Offizier, der es noch einmal wagen würde, schriftlich oder persönlich mit irgend jemandem aus der Bevölkerung außerdienstlich in Berührung zu treten, mit sofortiger Ablösung von seinem Posten.

Die „Schlesische Zeitung“ bemerkt hierzu, „daß mit dem „irgend jemand aus der Bevölkerung“ kein Pole gemeint ist, versteht sich von selbst“.

Transport internationaler Truppenkontingente durch die neutrale Schweiz.

DA. **Bern**, 27. Januar. (**Eig. Drahtnachricht.**) Wie aus autorisierter Quelle verlautet, hat der französische Botschafter vor einigen Tagen beim politischen Departement angefragt, welchen Standpunkt der Schweizerische Bundesrat einnähme hinsichtlich einer evtl. Beförderung von Truppenkontingenten des Völkerbundes durch Schweizer Gebiet nach der oberschlesischen Abstimmungszone. Das politische Departement hat das französische Ersuchen an das Bundesdepartement für Eisenbahnen weitergeleitet, um die technische Seite eines solchen Transports zu studieren. Die Prüfung der Angelegenheiten ist zur gegenwärtigen Stunde noch nicht beendet, auch hat der Bundesrat noch keine endgültige Entscheidung gefaßt. Seinerseits ist das politische Departement der Ansicht, daß vom Standpunkt der Schweizer Neutralität nichts gegen die Durchfahrt von Truppentransporten einzuwenden sei, die einen kriegerischen Charakter nicht haben, sondern ganz im Gegenteil sich in ein Abstimmungsgebiet begäben zur Erfüllung einer rein friedlichen Aufgabe.

Ein Attentat auf Lenin.

Kopenhagen, 27. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) „Berlinske Tidende“ meldet aus Helsingfors, die Moskauer „Iswestia“ bestätige, daß gegen Lenin ein Attentat verübt worden sei, als er in seinem Automobil durch die Straßen Moskaus fuhr. Es wurde eine Bombe gegen sein Auto geworfen, und bei der Explosion wurde eine Anzahl Rotgardisten und Zivilisten getötet oder schwer verwundet. Der Attentäter entkam, und Lenin selbst blieb unverletzt.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinzialnachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Grai; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210128012/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 27. Januar.

(Bis 2 Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vortagskurse.)

Die Rubrik vor dem Kurs der Anleihen enthält den Zinsfuß, bei den Aktien die erste Rubrik die vorletzte, die zweite die letzte Dividende. — Die Buchstaben hinter dem Kurs bedeuten: B (Brief) = Angebot ohne zustande gekommene Käufe, G (Geld) = unbefriedigte Nachfrage, bG (bezahlt Geld) = nur teilweise befriedigte Nachfrage, bB (bezahlt Brief) = nur teilweise erledigte Verkaufsaufträge, b (bezahlt = Ausführung aller Aufträge.

Bankdiskont:

Reichsb. Disk. 5%, Lombardzinsfuß 6%, Holland 5½%, Belgien 5½%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Neuyork 7%, Paris 6%, Schweiz 5%, Spanien 5%, Wien 6½%, Dt.-Oest. abg. 5%, Prag 6%, Buda-

Devisenkurse.

	heutiger Geld	heutiger Brief	voriger Geld	voriger Brief
Holland fl.	1858.10	1861.90	1863.10	1866.90
Belgien Fr.			436.55	439.45
Norwg. Kr.	1052.40	1053.60	1188.80	1191.10
Dänem. Kr.	1188.90	1091.10	1143.85	1146.15
Schwd. Kr.	1223.75	1226.25	1211.25	1213.75
Finnl. M.	188.80	189.20	189.60	190.00
Italien Lir.			212.75	213.25
Engl. d. St.	215.25	215.75	213.00	213.50
Amerika $	55.44	55.56	56.56	56.68
Frankr. Fr.			420.55	421.45
Schweiz			884.10	885.90
Span. Pes.			771.70	773.30
Wien alt. K				
D.Ö.abg.	17.23	17.27	16.48	16.52
Prag	77.40	77.60	76.90	77.10
Budapest	11.73	11.77	11.60	11.64

Deutsche Anleihen

		heut. Kurs	voriger Kurs
Reichsch. 14	5		—.—
do. 15 fäll. 1922	5	99.60	99.60b
do. 16 fäll. 32	4½	80.40	80.50b
do. Agio anl.	4½	72.10	72.00b
do. fäll. 24	4½	91.25	91.00b
Reichsanleihe 24	5	77.50	77.50b
do.	4	68.75	68.80b

			heut.	voriger
Hamburg Hyp.			100.25	100.25G
Mein Hypoth. 12		4	98.00	98.25G
do. 18		4	101.50	101.50G
do. Präm.		4	200.00	200.00G
Preußische Bod.	29	4	91.00	91.30G
do.	30	4	97.50	98.00G
Preuß. Cent. B.	90	4	92.00	92.90G
do.	12	4	97.00	97.00G
Preuß. Hyp. A.B.	11	4	92.75	92.75bG
do.	12	4	96.00	96.00bG
Pr. Pfandbrf. B.		4	92.00	92.00bG
do.	32	4	97.50	97.50G
Schles. B. C.		4	87.50	87.50bG
Schönbrg. M.		4½		—.—

Eisenbahn-Obligationen.

		heut. Kurs	voriger Kurs
Anatolier	4½	122.00	125.00bG
Mared n.	3	103.00	107.00bG
Oest. St. 1. W	5		81.20G
S österr.	2½	61.00	54.80b
do. neu	2½	41.00	39.00b
do.	5	38.50	37.75b
do.	4	22.00	22.00b
Denver Rio	5	652.00	665.00b
Nat. Rail. Mexik.	—	380.00	—.—
Tehuantp.	5	378.00	378.00b
do.	4½	320.00	332.00b

Eisenbahn-A. u. St.-Pr.

			heut. Kurs	voriger Kurs
Aachen-Mast.	0	—		—.—
do. G-S M.p.St.	0 M	—		—.—
Baltimore	0	—	395.00	435.00b
Elektr. Hb.	5½	—	107.50	107.50G

Kolonial-Werte

	heut. Kurs	voriger Kurs
Deutsch Ostafr. Ges.	230.00	230.00G
Kamerun E.G.A. 1000 M.		137.75bB
do. 100 M.		149.00G
Neu Guinea	500.00	506.75b
Ostafrik. E. G. A.		—.—
Otavi Min. u. Eb.	629.00	640.00b
do. Genußsch.	539.87	560.00b

Fortlaufende Notierungen.

	voriger	heutiger
Oest. Kredit	72.50	69.75à72.50
Türk. Tabak	800.00	800.00
Argo Dampf	690.00	625.00
Dts. h. Austr.	338.00	344.00à350.00
Hamb. Paketf.	185.00	182.12à183.00
Hbg.-Südam.	340.00	335.00à340.00
Hansa	313.50	303.00
Nordd. Lloyd	185.50	185.25
Bismarckh.	675.00	655.00
Bochum Guß	470.00	440.00
Buderus Eis.	598.75	560.25à580.00

[illegible]